

Wohin führt der technische Fortschritt ?

Der VDI veranstaltet gesellschaftsrelevante wissenschaftliche Tagungen

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen des technischen Fortschritts müssen mit dem wissenschaftlichen Rüstzeug, das uns heute zur Verfügung steht, erforscht werden. Die Einsicht in diese Notwendigkeit wächst. Einen bedeutenden Teilaspekt der technologischen Entwicklung sprach Bundeskanzler *Willy Brandt* in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 an, als er versprach, daß ein wichtiges Ziel der neuen Bundesregierung sei, dafür Sorge zu tragen, „daß Rationalisierung und Automatisierung nicht zu Lasten der Erwerbstätigen gehen, sondern den sozialen Fortschritt fördern“. Auch die Pläne für einen verbesserten Umweltschutz, das vorgesehene Städtebauförderungsgesetz und der Raumordnungsbericht der Bundesregierung gehören ebenso wie der Bildungsbericht zu einer Konzeption, die dem technologisch bedingten Wandel und seinen Folgewirkungen Rechnung tragen soll.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften haben bereits seit den fünfziger Jahren auf Tagungen und Kongressen auf die absehbaren Folgen des technischen Fortschritts hingewiesen und für ihre tarifpolitische und ihre Bildungsarbeit Konsequenzen daraus gezogen. Auf der zweiten internationalen Arbeitstagung der IG Metall über Automation und technischen Fortschritt, im März 1965 in Oberhausen, umriß der damalige Vorsitzende des DGB, *Ludwig Rosenberg*, die Problematik der technologischen Entwicklung:

„Es ist ein Prozeß, der mehr als das uns bisher Bekannte nicht nur wirtschaftliche Vorgänge beeinflussen, sondern auch die Struktur unserer Wirtschaft und Gesellschaft spürbar verändern wird. So ist es verständlich, daß die einen mit einer gewissen Scheu — um nicht zu sagen Furcht — dieser Entwicklung gegenüberstehen und andere sich an den großartigen Möglichkeiten berauschen, die diese Entwicklung in sich birgt. Beide werden der tatsächlichen Größe und Bedeutung dieses Vorgangs nicht gerecht. Nicht zwischen Furcht und Rausch, nicht zwischen Angst und Begeisterung können wir die Fragen zu lösen suchen, die sich uns stellen, sondern nur in nüchterner Unvoreingenommenheit. Nur mit einer klaren Vorstellung von dem, was sein soll, wird es gelingen, auch diese Phase der Technik zu bewältigen. Darauf kommt es bei allen Überlegungen an, die sich mit den technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen aller Vorgänge in unserer Umwelt befassen.“

Heute steht der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seiner Forderung, die gesellschaftlichen Folgewirkungen der technischen Entwicklung zu berücksichtigen, die damals nur von einigen wenigen progressiven Wissenschaftlern unterstützt wurde, nicht mehr allein auf weiter Flur. Es war insbesondere die zunehmende und sich bereits katastrophal auswirkende Umweltgefährdung, die einer breiten Öffentlichkeit die Augen für die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Kontrolle des technischen Fortschritts öffnete. Auch die Theoretiker und Praktiker der angewandten Naturwissenschaften, also die Technologen selbst, gewinnen ein neues Selbstverständnis und werden sich ihrer Verantwortung bewußt. Der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) hat dafür jetzt ein Zeichen gesetzt. Er veranstaltete vom 19. bis 21. November 1970 in Ludwigshafen eine großangelegte Tagung, die sich ausschließlich mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen des technischen Fortschritts befaßte. Diese Konferenz wurde vom VDI als Ergänzung des fast ausschließlich technologisch orientierten internationalen Symposiums über Zukunftsfragen, SYSTEMS 69, angelegt¹⁾, d. h. hier wurden die bei SYSTEMS 69 ausgesparten gesellschaftsrelevanten Fragen der technologischen Entwicklung zur Sprache gebracht. Der VDI hatte für diese Tagung namhafte Natur- und Geisteswissenschaftler gewinnen können, die vor und mit den Teilnehmern referierten und diskutierten.

1) Vgl. Günther Heyder: Die Zukunft der Zukunftsforschung. GM, H. 1/1970. S. 11 ff.

Der Initiator des Kongresses, der auch als wissenschaftlicher Tagungsleiter fungierte, Professor *Gert von Kortzfleisch*, Mannheim, wies einleitend darauf hin, daß die "Wirtschafts- und Sozialwissenschaften das Phänomen „technischer Fortschritt" noch keineswegs erschöpfend behandelt haben, ja, daß Abhandlungen über den technischen Fortschritt relativ selten sind. Das liege aber nicht nur an der Lokalisation dieses Phänomens zwischen den etablierten Fächern: den Naturwissenschaften, den Ingenieurwissenschaften, der Betriebswirtschaftslehre, der Nationalökonomie und der Soziologie, sondern dies habe einen weiteren wichtigen Grund, der auch Anlaß für diese Tagung gewesen sei. Nämlich diesen:

„Der technische Fortschritt ist bislang als eine Erklärung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen analysiert und herangezogen worden. Das mag in der Vergangenheit bis zu unseren Tagen für wissenschaftliche Fragestellungen angemessen gewesen sein. Heute aber und in Zukunft sind wir gezwungen, den technischen Fortschritt nicht als bloßes Erklärungsphänomen, sondern als Gestaltungsphänomen zu begreifen. Wir müssen uns über die Richtungen, in die der technische Fortschritt gehen soll, und über die Weite der einzelnen Fortschritte Gedanken machen; wir können den technischen Fortschritt nicht mehr dem blinden Zufall überlassen. Damit ist nicht der Zufall unerwarteter Erfindungen gemeint. Alle Erfindungen vergrößern lediglich die potentiellen Möglichkeiten der Technik und gehören insoweit dem Bereich der Technologie an. Gemeint ist der Zufall gesellschaftlicher Konsequenzen, die sich daraus ergeben können, daß neue Technologien von der Wirtschaft aufgegriffen und zu technischen Fortschritten gemacht werden. Nicht wie die Technik Fortschritte macht, sondern wohin die Technik fortschreitet! Nicht wie die Technik gesellschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse geschaffen hat, sondern was die Technik tun soll, damit sie wünschenswerte Auswirkungen haben wird! Das sind die Fragen, die hinter dem Tagungsthema und jedem der Beiträge stehen."

Zunächst aber und gerade im Hinblick auf die wirtschaftlichen Folgen des technologischen Wandels ging es mehr um eine Bestandsaufnahme. Der Tübinger Wirtschaftswissenschaftler Professor *Alfred E. Ott* gab sie, als er über die ökonomische Theorie des technischen Fortschritts referierte. Er arbeitete dabei heraus, daß die Theorie des technischen Fortschritts vorwiegend im Zusammenhang mit der Wachstumstheorie entwickelt wurde. Mit der Erkenntnis als Ergebnis, daß allein der technische Fortschritt auf die Dauer das intensive Wachstum einer Volkswirtschaft garantieren kann, d. h. daß nur bei technischem Fortschritt das Pro-Kopf-Einkommen in einer Volkswirtschaft auf die Dauer wächst. Aus dem Wesen des technischen Fortschritts ergebe sich andererseits mit zwingender Konsequenz, daß jede seiner Formen zur Freisetzung von Arbeit und/oder Kapital führen müsse.

Soziale Konsequenzen daraus folgerte der Mannheimer Soziologe Professor *M. Rainer Lepsius*, der aufzählte, was auch im Forderungskatalog des DGB enthalten ist: die Qualifikationen des einzelnen sind erheblich zu verbessern — höhere Bildung müsse zur Massenbildung werden, die Demokratisierung und die Mitbestimmung sind zu forcieren. Das sei auch deshalb erforderlich, betonte Lepsius, weil eine zunehmende Technokratisierung innerhalb der Führungsschicht sonst demokratische Kontrolle illusorisch mache.

II

Die gesellschaftliche Problematik des Tagungsthemas brachte aber am entschiedensten und noch dazu in weltweitem Maßstab der Berliner Politologe und Zukunftsforscher Professor *Ossip K. Flechtheim* in Ludwigshafen zur Sprache. Er war es, der hier die Gefahren beschwor, die heute die Existenz der gesamten Menschheit bedrohen und der auf Wege hinwies, wie diesen Gefahren begegnet werden kann ²⁾. Die Gefahren, die

2) Vgl. Günther Heyder: Der Kampf um die Zukunft. Flechtheims Plädoyer für eine human-engagierte Futurologie. GM, H. 10/1970, S. 622 ff.

Flechthelm beschrieb, sind höchst real: die Gefahr der Ausrottung der Menschheit, oder eines großen Teils von ihr, verbunden mit der Zerstörung der menschlichen Wohngebiete, die Verelendung eines erheblichen Teils der Entwicklungsländer, die Unterdrückung des Menschen überall in der Welt, die Zerstörung der Umwelt und die seelische Deformierung des Menschen. Flechthelm will diese die menschliche Existenz schlechthin bedrohenden Gefährdungen als Herausforderung verstanden wissen. Als Herausforderung zu einer zukunftsorientierten Politik, die so schnell wie möglich Lösungen erarbeitet und durchsetzt. Als vorrangige Aufgaben nannte er: die Institutionalisierung des Weltfriedens, die Planung der Weltbevölkerung und Sicherung eines ausreichenden Lebensunterhalts für jeden Menschen, die Humanisierung des Staates und die Demokratisierung der Gesellschaft, den Schutz der Natur vor dem von Menschen begangenen Raubbau und die Fortbildung des Menschen zu einem kreativen Geschöpf und Schöpfer.

Es war ein Plädoyer für eine weltweite mitmenschliche Solidarität, die beginnen muß mit dem gewaltfreien Austragen von Konflikten, die aus dem Nebeneinander der Konkurrenz hinführen muß zum Miteinander kooperativer Zusammenarbeit. Die Technologen könnten mit ihrem Sachverstand erheblich dazu beitragen: Durch ihr Engagement für die Umwelt-, Zukunfts- und Friedensforschung, was dann zusätzlich human-engagiertes organisiertes Interesse in die Politik einzubringen vermöchte. Als Adressaten dieser neuen Politik nannte Flechthelm wechselnde Koalitionen und Organisationen, die jeweils Teilaspekte des Notwendigen als pressure-groups durchsetzen können.

Mit diesem Vortrag Flechthelms war in Ludwigshafen die Frage aufgeworfen nach den Wertordnungen, an denen sich Zukunftsgestaltende Politik — und damit auch die Steuerung des technischen Fortschritts — zu orientieren hat. *Klaus Tuchel*, Professor für Philosophie an der PH Rheinland, Abteilung Wuppertal, und Vorsitzender der VDI-Hauptgruppe Mensch und Technik, sprach speziell über diesen Fragenkomplex. Wissenschaftliches Erkennen, das in technischen Fortschritten realitätsbeeinflussende Wirklichkeit werde, sei auf Ziele, Zwecke und Werte bezogen, hob Tuchel hervor. So reiche es auch längst nicht mehr aus, bloß von der Mehrdeutigkeit der Technik zu sprechen, von ihrer Ambivalenz, denn damit sei gar nichts ausgesagt darüber, wie wir etwas in Ordnung bringen können. Die gegenwärtige Entwicklung impliziere Gefahren, für die die traditionellen Wertordnungen nicht ausreichen. Es sei deshalb erforderlich, Werte und Wertordnungen zu „konstruieren“, d. h. sie zu entwerfen unter Verwendung von Erkenntnissen, durch Vorausdenken — vorbildloses Entwerfen — auf Zwecke oder Bedürfnisse hin und unter der Voraussetzung, daß sie sich in der Praxis zu bewähren haben. So lasse sich Veränderung antizipieren durch die Erfindung neuer moralischer Ideen.

Tuchel erläuterte die Interdependenz von Werten und gesellschaftlicher Realität am Beispiel der Grundsätze von der Gleichheit vor dem Gesetz und dem der gleichen sozialen Chancen für alle. Beides lasse sich nur verwirklichen, wenn zuvor Gleichheit in der Versorgung bestehe, in der Versorgung mit Informationen, Bildung und materiellen Gütern.

Ähnlich hatten kurz zuvor bei der Hundertjahrfeier der TH Aachen der Nobelpreisträger Professor *Manfred Eigen* und der Theologe *Georg Picht* für eine neue Ethik plädiert. Eigen nannte es eine der wichtigsten Aufgaben der Geisteswissenschaften, eine neue Moral zu entwickeln, die den heutigen Zeitverhältnissen angemessen sein müsse. Und Picht sprach sich dafür aus, eine neue Ethik für Kollektive zu schaffen, da sonst die wichtigen Gemeinschaftsaufgaben kaum gelöst werden können. Daraus läßt sich eine Absage an die hieszulande herrschende Eigentumsideologie ableiten, insbesondere wird der „Wert“ Profkmaximierung in Frage gestellt.

III

Die vorausplanende, auf Werten basierende und an Zielen orientierte Steuerung des technischen Fortschritts bedarf eines effektiven Instrumentariums. In Ludwigshafen waren sich die Wissenschaftler weitgehend einig darin, daß die Kybernetik wissenschaftliche Methoden ermöglicht, die dieses Instrumentarium abzugeben vermögen. Der Naturwissenschaftler Professor *Hermann H. Hahn*, TH Karlsruhe, sprach von der Notwendigkeit, dynamische Modelle des technischen Fortschritts zu erstellen, wofür sich besonders kybernetische Modelle anböten. Durch Simulation ließe sich darstellen, welche technischen Innovationen irreversible Schäden verursachen könnten. Künftig dürfe aber Produktion nur dann erlaubt sein, wenn Verständnis und Steuerung möglich sind, wenn vor allem Destruktion ausgeschlossen werden kann.

Auch von Kortzfleisch unterstrich, daß kybernetische Modelle ermöglichen, die besten Chancen aufzuspüren, um mit den dringendsten Weltproblemen fertigzuwerden. Durch kybernetische Systemanalysen und unterstützt durch die elektronische Datenverarbeitung stünden effektive Hilfsmittel zum Auffinden von Regeln für Entscheidungen zur Verfügung. Kortzfleisch selbst arbeitet bereits in einem internationalen Forschungsteam mit, das solche kybernetischen Modelle erstellt. Er bestätigte aufgrund der hierbei gewonnenen Erfahrungen, daß damit ein Werkzeug gefunden wurde, das ermöglicht, sozio-ökonomische Prozesse abzubilden und Konsequenzen daraus zu folgern.

Über amerikanische Erfahrungen auf diesem Gebiet berichtete Dr. *Bodo Bartocha* von der *National Science Foundation*, Washington. Er stellte dar, daß das steigende Tempo des innovativen Wandels mit den rapide sich entwickelnden neuen Technologien in den vergangenen Jahren tiefgreifende, verwickelte und oft unvorhergesehene Folgen für Gesellschaft und Umwelt in den USA mit sich brachte. Es sei deshalb in zunehmendem Maße versucht worden, die Auswirkungen neuer technischer Anwendungen vorauszu sehen und kritisch abzuschätzen. Die Methodologie dieser Bestrebungen fasse man unter dem Begriff „*Technology Assessment*“ zusammen. Eine Bezeichnung, die erst in den späten sechziger Jahren in die sozio-wissenschaftliche Terminologie aufgenommen wurde, die jedoch in ihrer Bedeutung bei weitem umfassender sei als es irgendeine enzyklopädische Definition besagen könne. Allerdings sei es nicht das Ziel des „*Technology Assessments*“, die Zukunft vorherzusagen, sondern eine bessere Anpassung an die kommenden Verhältnisse zu erreichen. Bei der Wahl der Methoden gehe man pragmatisch vor. Jedes Verfahren, das dem Ziel näher führt, werde akzeptiert. Man befinde sich eben noch im Stadium des „*learning by doing*“. Die finanziellen Aufwendungen für diese Forschungsvorhaben halten sich noch in bescheidenen Grenzen: 1969 wurden 6 Mill. Dollar dafür ausgegeben, 1970 werden es zwischen 12 und 13 Mill. Dollar sein. Was auch in den USA fehlt, das sind interdisziplinär ausgebildete Wissenschaftler, die für solche Forschungsvorhaben die besten Voraussetzungen mitbringen.

Zu berücksichtigen ist allerdings — und auch das klang in Ludwigshafen an — daß bei der Erarbeitung von Modellen und der Formulierung von Forschungsvorhaben die demokratische Legitimität gewahrt bleibt. Der Systemtheoretiker *Helmut Krauch*, Heidelberg, gibt zu bedenken:

„Überall dort, wo Interessenvertretungen über ausreichendes Forschungspotential verfügen, sind sie mit ihrem Fachwissen der Ministerialbürokratie weit überlegen. Auch durch die zahlreichen Gutachter- und Beratergremien fließen technisch-wissenschaftlich hochkompetente, jedoch interessenorientierte Informationen in die Entscheidungsvorbereitung ein. Die Entscheidungsträger in Regierung und Verwaltung sind auf diese Informationen angewiesen; sie können sie gar nicht umgehen. Sie müßten jedoch — und das Bundesverfassungsgericht schreibt das vor —

1. für die Gleichheit der Artikulationschancen, also der Fähigkeit, wissenschaftlich-technische Programme zu formulieren, Sorge tragen; Bevölkerungsgruppen, die keine Artikulationskompetenz in wissenschaftlich-technischer Hinsicht besitzen, bei denen jedoch Bedürfnislagen durch

Forschung und technische Entwicklung befriedigt werden können, brauchen die staatliche Hilfe bei der Formulierung entsprechender Programme;

2. überprüfen, ob die vorstellig werdenden Interessenvertretungen innerlich und äußerlich repräsentativ sind, das heißt, ob sie innerhalb ihrer Organisation die angeblich von ihr vertretenen Gruppeninteressen berücksichtigen und vollständig zum Ausdruck bringen, und äußerlich, ob die Summe der an die Bürokratie herantretenden Interessenverbände einigermaßen vollständig die Interessen der Bevölkerung repräsentiert." ³⁾

IV

Diese Forderung Krauchs entspricht den gegenwärtigen Gegebenheiten. Künftig wird es erforderlich sein, eine breite Öffentlichkeit zu befähigen, als demokratische Kontrollinstanz zu fungieren. Wege dazu blieben aber leider in dem die Ergebnisse der Tagung zusammenfassenden Schlußvortrag des Karlsruher Kybernetikers Professor *Karl Steinbuch* gänzlich ausgespart. Die Kontrolle des technischen Fortschritts, die hier sein Thema war, sieht er hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und möchte sie — innerhalb der Führungsschicht — lediglich etwas breiter fundiert wissen. Das begründete Steinbuch damit, daß eine wirksame Kontrolle Sachverstand voraussetze. Denn: „Wo dem unbefriedigenden Status quo offensichtlich unbrauchbare Alternativen gegenübergestellt werden, stabilisiert man den Status quo.“ Aber auch Steinbuch nannte die Bestimmung der Führungsgröße des technischen Fortschritts die zentrale Frage. Vorerst steuerten vor allem wirtschaftliche Gesichtspunkte den technischen Fortschritt. Doch die Wirtschaft sei nicht Selbstzweck. Es sei erforderlich, so formulierte es Steinbuch, von der „naiven Marktwirtschaft“ über die „aufgeklärte Marktwirtschaft“ zur „aufgeklärten Politik“ zu kommen, bei der die Wirtschaft, der technische Fortschritt und alle anderen Instrumente politischen Handelns ihrem eigentlichen Zweck untergeordnet werden, das Überleben der Menschen auf menschliche Art zu ermöglichen, frei von Angst und mit Vertrauen auf mitmenschliche Solidarität. Wichtig sei, die Öffentlichkeit, den demokratischen Souverän; über den zukünftigen technischen Fortschritt und seine Folgen zu informieren.

Welche Folgen eine fehlende Sozialbindung des Eigentums hat, erläuterte Steinbuch mit einem Zitat des Schweizer Wirtschaftswissenschaftlers *Bruno Fritsch*:

„Wären z. B. alle volkswirtschaftlichen Schäden, die im Laufe unserer Industrialisierung durch private Unternehmer verursacht worden sind, diesen angelastet worden, und hätten sie außerdem für alle Vorteile, die ihnen z. B. eine vorgegebene Infrastruktur bot, zahlen müssen, dann wäre — so argumentieren namhafte Wirtschaftshistoriker — die industrielle Revolution ganz anders verlaufen, und wir hätten wahrscheinlich ein viel langsames Wirtschaftswachstum, dafür aber weniger Sozialschäden gehabt.“ ⁴⁾

Um überhaupt erst einmal die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, um den technischen Fortschritt unter Kontrolle bringen zu können, sieht Steinbuch als notwendig an: die Errichtung von Instituten zur Erforschung der technischen Entwicklung, Grundlagenforschung zur Simulation technischer Entwicklung und menschlichen Verhaltens, eine stärkere Darstellung und Diskussion der Probleme der Naturwissenschaftler, Mathematiker, Mediziner und Ingenieure in der Öffentlichkeit, Beseitigung der Mißverständnisse zwischen den Humanwissenschaftlern und der technischen Intelligenz, so daß sich eine solidarische Haltung zu den ungelösten Problemen entwickeln kann.

Die Kritik ist nicht unberechtigt, die Karl Steinbuch vorwirft, daß er eine Herrschaftsstruktur propagiere, die ausgeprägte technokratische Züge trägt. Andererseits darf aber auch nicht unterschlagen werden, daß er eine Fülle von Denkanstößen vermittelt hat und weiter vermittelt, die für eine zukunftsorientierte Politik relevant sind. Steinbuch war es übrigens auch, der in Ludwigshafen die „unangemessene Distanz“ der technischen

3) Helmut Krauch: *Prioritäten für die Forschungspolitik*. München 1970. S. 31.

4) Bruno Fritsch: *Die Vierte Welt*. Stuttgart 1970. S. 66.

Intelligenz zu den Gewerkschaften beklagte, und der dazu aufforderte, die Kooperation zu suchen und selbst zu einer Mitgliedschaft bereit zu sein. Er würdigte auch, als einziger der referierenden Wissenschaftler, die Verdienste der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß nämlich sie es war, die sich schon frühzeitig mit der Problematik des technischen Fortschritts befaßt habe, daß man insbesondere der IG Metall dankbar sein müsse für ihre internationalen Automationstagungen.

V

Jüngere Teilnehmer der Tagung vor allem griffen das auf und forderten vom VDI, künftig enger mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Selbst die Forderung wurde gestellt, daß sich der VDI zur qualifizierten Mitbestimmung der Arbeitnehmer bekennen solle. Insgesamt zeigte sich in Ludwigshafen eine große Bereitschaft der technischen Intelligenz, den schädlichen Auswirkungen des technischen Fortschritts zu wehren. Mehrfach wurde denn auch während der Schlußdiskussion versucht, ein Aktionskomitee zu bilden, das die Resultate der Tagung in praktisches Handeln umsetzen sollte. Außerdem wurde angeregt, der Verein Deutscher Ingenieure solle Fabriken, die die Umwelt nicht gefährden, ein VDI-Gütesiegel verleihen.

Und während der derzeitige Vorsitzende des VDI, Dr.-Ing. *Fritz Meyer*, gleichzeitig auch Präsident der Industrie- und Handelskammer Koblenz, in seinem Grußwort noch hervorgehoben hatte, „daß die Kapital Verzinsung bei der Verteilung der erwirtschafteten Ergebnisse nicht vernachlässigt“ werden dürfe, bestätigte dann der Verlauf der Tagung doch, daß hier andere Prioritäten zum Zuge kamen. Denn Professor Tüchel hatte schon recht damit, daß mit dieser Tagung der VDI Mut bewies „in all den Abhängigkeiten, in denen er sich befindet und gegenüber diesen Abhängigkeiten“. Auch Tüchel sprach sich dann dafür aus, mit anderen Verbänden, die sich mit den Folgen des technischen Fortschritts auseinandersetzen, enger zusammenzuarbeiten.

Der VDI-Kongreß in Ludwigshafen war ein Anfang. Wer sich schon eingehender mit der Problematik des Tagungsthemas befaßt hat, konnte nicht viel Neues mit nach Hause nehmen. Immerhin aber die Einsicht, daß der gesellschaftliche Wandlungsprozeß, der durch den technischen Fortschritt initiiert wurde, auch erhebliche Teile der technischen Intelligenz jetzt erkennen läßt, daß sie sich bereit finden müssen zu engagiertem Einsatz für eine bessere, d. h. sozialgerechte Zukunft. Sie haben erkannt, oder beginnen doch zu erkennen, was der amerikanische Zukunftsforscher *Gerald Feinberg*, ein Naturwissenschaftler wie sie, auf diese Formel brachte:

„Wenn wir die Chance ergreifen, den richtigen Kurs in unsere Zukunft zu steuern, dann können wir uns unsere außerordentlichen wissenschaftlichen und technologischen Errungenschaften zunutze machen, um das menschliche Leben in etwas Neues zu verwandeln, das der Erfüllung unserer Wünsche näher kommt als irgend etwas je zuvor Dagewesenes. Um das vollbringen zu können, müssen wir zuerst wissen, was wir eigentlich sein möchten, und dann entsprechend handeln. Wenn wir dies versäumen, wird uns die Technologie ohnehin verwandeln. Dies wird dann in einer Art und Weise geschehen, die wir nicht vorhersagen können und die wir uns höchstwahrscheinlich gar nicht wünschen. Einer so klaren Herausforderung sehen wir uns gegenüber.“³⁾

Das stimmt genau überein mit der Ansicht, die wir Gewerkschafter vertreten. *Otto Brenner* sagte es schon vor fünf Jahren: „Es hängt von uns Menschen ab, was wir mit jenen Werkzeugen der Technik machen, die Menschen für uns entwickeln.“ Und er sagte auch, daß der technische Fortschritt eine Herausforderung an unsere gesamte Gesellschaft ist, daß man seine großen Möglichkeiten nützen sollte. Wenn jetzt der VDI auf diese Linie einzuschwenken gedenkt, so kann das nur begrüßt werden. Mitstreiter für eine sozialgerechte Zukunft sind der deutschen Gewerkschaftsbewegung stets willkommen.

5) Gerald Feinberg: Projekt Prometheus, Olten 1970. S. 250.